



Gemeinsam für die Welt von morgen

Der NABU und die nachhaltigen Entwicklungsziele



Impressum

© 2018, NABU-Bundesverband
 Naturschutzbund Deutschland (NABU) e. V.

Charitéstraße 3, 10117 Berlin
 Tel.: +49 (0)30.28 49 84-0
 Fax: +49 (0)30.28 49 84-20 00 | NABU@NABU.de
 www.NABU.de

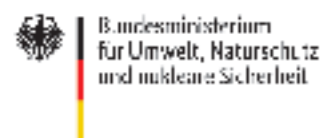
Text und Redaktion: Julia Balz, Bernd Pieper
Gestaltung: eichen | artig, Bonn
Druck: Druckerei Javitz, Berlin | gedruckt auf
 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umwelt-
 zeichen „Blauer Engel“, 1. Auflage 4/2018
Bezug: Den Leitfaden erhalten Sie beim NABU-Shop.
 Online: www.NABU-Shop.de
 Tel: +49 (0) 21 63 5 75 52 70 (Standard Festnetztarif)
 Fax: +49 (0) 21 63 5 75 52 72 (Standard Festnetztarif)
 E-Mail: info@nabu-shop.de
 Der Leitfaden ist kostenlos, zzgl. Versandkosten.
Artikel-Nr.: 5296

Bildnachweis:

Titel: C. Schuessler; S. 3: M. Zartner (o.), NABU/Hoffotografen;
 S. 4: R. Körber (o.), E. Neuling; S. 5: H. May (o. l.), NABU/T. Danke
 (o. r.), 2 x NABU/B. D' Amicis; S. 6: NABU-Naturschutzstation
 Niederrhein; S. 7: NABU/B. Schaller (o. l.), U. Frömming,
 T. Droese (r. o.), NABU/M. Bosch; S. 8: L. Fuchs (o. l.), NABU/F.
 Fender, J. Kontor (u.); S. 9: S. Mooraj (o. l.), NABU/S. Hennigs,
 Konstruktiv (u.); S. 10: NABU/D. Steins (o.), H. May; S. 11:
 H. May (o.), NABU/J. Daldrup; S. 12: F. Tospaun; S. 13: NABU/
 M. Putze (o.), E. Neuling; S. 14: B. Pieper (o.), H. Huber; S. 15:
 NABU (o.), NABU/T. Dove; S. 16: NABU; S. 17: Kapuzinerkloster
 Münster; S. 18: NABU/E. Neuling; S. 20: T. Wengert/pixelio

Förderhinweis:

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Liebe Naturfreundinnen, liebe Naturfreunde,

eine tolle Botschaft kommt von den Vereinten Nationen: 193 Mitgliedstaaten wollen das Wohlergehen aller Menschen im Einklang mit den natürlichen Ressourcen möglich machen. Es ist die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung, die dieses ambitionierte Ziel anstrebt. Sämtliche Politikbereiche – von der Wirtschaft über Soziales, von Umwelt, Finanzen und Landwirtschaft bis hin zu Verkehr, Städtebau, Bildung und Gesundheit – wollen zum Gelingen beitragen.

Die UN-Generalversammlung zeigt sich im Vorwort ihres Dokuments „Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development“ vorsichtig optimistisch: „Wenn wir unsere Ambitionen in allen Bereichen der Agenda verwirklichen können, wird sich das Leben aller Menschen grundlegend verbessern und eine Transformation der Welt zum Besseren stattfinden.“ Das wird allerdings nur zu schaffen sein, wenn die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), das Herzstück der 2030-Agenda, von der Staatengemeinschaft mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden – schönen Worten müssen auch gute, tatsächlich nachhaltige Taten folgen!

Zahlreiche Menschen, nicht nur im Naturschutz, leben dieses Motto längst. Sie kümmern sich um die Integration von Geflüchteten, lassen Kinder und Jugendliche die Schönheit und den Wert intakter Natur erfahren und zeigen ihnen gleichzeitig, was sie für deren Erhalt tun können. Sie kämpfen für eine gesunde und naturschonende Landwirtschaft,

die auch den Menschen in den Ländern des globalen Südens faire Chancen auf Ernährungssicherheit ermöglicht. Sie sind motiviert und hartnäckig, oft genug gegen Widerstände aus Politik und Wirtschaft. Die SDGs können sie in dieser Haltung ermutigen, als Teil einer globalen Bewegung, zu der jede und jeder von uns einen Beitrag leisten kann.

Der NABU setzt sich seit langem auf allen Ebenen für wichtige Ziele der 2030-Agenda ein, wie den Erhalt der biologischen

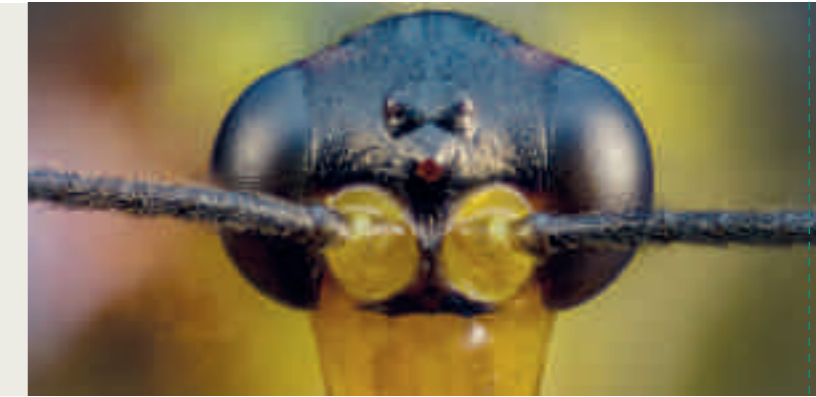


Vielfalt, eine zukunftsfähige Landwirtschaft, den Schutz des Klimas, der natürlichen Ressourcen sowie der Meere. Auch in Zukunft wollen wir uns für eine „starke Nachhaltigkeit“ einsetzen – also die Ökologie als zentrale Nachhaltigkeitsdimension vor Ökonomie und Sozialem hervorheben –, Nachhaltigkeit noch stärker als bislang zur verbindlichen Leitlinie unserer Arbeit machen und zudem für die SDGs werben. Die folgenden Seiten zeigen einige Beispiele, wie Nachhaltigkeit

aussehen und gelingen kann – aber auch, wie weit der Weg noch zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung ist. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Ihr

Olaf Tschimpke (NABU-Präsident)



Die 2030-Agenda: Ziele und Herausforderungen

„Die SDGs weisen den Weg in eine nachhaltige Zukunft.“

Im September 2015 verabschiedeten die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in New York die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Sie bildet den Rahmen für eine globale Politik bis zum Jahr 2030, die wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde gestalten will. Die 2030-Agenda ist eine Weiterentwicklung der UN-Millenniumsentwicklungsziele aus dem Jahr 2000.

Was bis zum Jahr 2030 erreicht sein soll, beschreibt ein Katalog mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Alle Staaten der UN haben sich dazu verpflichtet, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Um dabei erfolgreich zu sein, müssen sämtliche Politikbereiche zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Die SDGs weisen den Weg in eine nachhaltige Zukunft. Doch Entwicklungs- und Umweltorganisationen – darunter auch der NABU – sehen noch großen Verbesserungsbedarf: Viele der nachhaltigen Entwicklungsziele sind nicht konkret genug oder widersprechen sich. Sanktionsmöglichkeiten sind ohnehin nicht vorgesehen. Auch am Dogma des angeblich für den Fortschritt notwendigen wirtschaftlichen Wachstums für alle Staaten dieser Erde wird nicht gerüttelt.

Die 2030-Agenda in Deutschland

Zur nationalen Umsetzung der 2030-Agenda hat die Bundesregierung im Januar 2017 eine weitere Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 beschlossen. Sie orientiert sich jetzt an den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und beschreibt, wo und wie Deutschland nachhaltiger werden muss. Im Zentrum dieser Strategie steht ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem mit Zielen, zeitlichen Vorgaben, Indikatoren und institutionellen Festlegungen. Zu jedem der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele wird mindestens ein indikatorengestütztes Ziel definiert. Aus Sicht des NABU sind diese Ziele allerdings oft ungenau oder nicht weitreichend genug. Die größte Herausforderung ist sicherlich, dass von der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Finanzpolitik über die Agrar- und Verbraucherpolitik bis hin zu Sektoren wie Verkehr, Städtebau, Forschung und Innovation, Bildung und Gesundheit alle Politikbereiche betroffen sind. Das führt zu Zielkonflikten, die gemeinsam identifiziert und gelöst werden müssen.

Im Februar 2018 haben sich CDU/CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag verständigt, in dem „die Umsetzung der Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung“ als Maßstab des Regierungshandelns“ (Seite 139) benannt

werden. Leider wird der Koalitionsvertrag diesem allgemeinen Anspruch in vielen konkreten Bereichen nicht gerecht, wie beispielsweise in der Energie- und Verkehrspolitik. Beim Naturschutz sind kleine Schritte hin zu mehr Nachhaltigkeit erkennbar, etwa wenn der Schutz von Wildnis oder Insekten als politische Ziele formuliert werden.

Die bisherigen Probleme bei der Umsetzung der 2030-Agenda in Deutschland analysiert der im September 2017 von elf Verbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen vorgelegte Bericht „Großbaustelle Nachhaltigkeit – Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda | 2017“. Die 42 Autorinnen und Autoren kommen zu einem eindeutigen Ergebnis: Deutschland ist noch meilenweit von einer nachhaltigen Entwicklung entfernt. Die hohe Feinstaubbelastung und der miserable Zustand vieler Ökosysteme belegen das. Auch sei der ökologische Fußabdruck Deutschlands in der Welt zu groß – vom Ressourcenverbrauch über den Ausstoß von Treibhausgasen bis hin zur Landwirtschaft.

Was macht der NABU zu den nachhaltigen Entwicklungszielen?

Der NABU und andere Verbände engagieren sich auf lokaler, nationaler und globaler Ebene dafür, die biologische Vielfalt zu erhalten, das Klima zu schützen, Umweltschäden zu minimieren und die natürlichen Ressourcen schonend zu nutzen. Dadurch arbeiten sie – quasi per Satzung – daran, dass die Ziele für nachhaltige Entwicklung erreicht werden. In vielen nationalen und internationalen Projekten des NABU, etwa bei der Einrichtung von Biosphärenreservaten in Äthiopien, dem politischen Engagement für eine naturverträgliche und sozial gerechte Energiewende oder dem Einsatz für eine ökologischere Landwirtschaft, werden bereits heute die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Soziales und Ökonomie – beachtet.

Gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO), den Evangelischen Freiwilligendiensten und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (bdkj) hat der NABU Fortbildungsangebote für Bundesfreiwillige entwickelt, um Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Freiwilligenarbeit zu verankern. Praktische Tipps zur Abfallvermeidung oder zur umweltfreundlichen Ernährung sowie die Zusammenarbeit mit Unternehmen bei der Entwicklung nachhaltiger Produkte sollen nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen (Ziel 12) fördern.

Insbesondere mit dem Projekt „Die nachhaltigen Entwicklungsziele in Deutschland“ (2016–2018), in dessen Rahmen dieser Leitfaden erscheint, möchte der NABU die Ziele in der Öffentlichkeit bekannt machen, ihre politische Umsetzung kritisch begleiten und möglichst viele Menschen zu einem Engagement für nachhaltige Entwicklung motivieren. Gleichzeitig will er bestehende sowie künftige Initiativen unterstützen und miteinander vernetzen. Und schließlich geht es auch darum, die Arbeit der bundesweit rund 2.000 NABU-Gruppen noch nachhaltiger auszurichten.

Verlierer und Gewinner des Koalitionsvertrags: Verkehr und Insekten

Naturschutz und wirtschaftliche Perspektiven in den Ländern des Südens



Unser Ziel ist eine naturverträgliche und sozial gerechte Energiewende.





Gemeinsam arbeiten, Vorurteile abbauen



In Bermervörde pflegen NABU-Aktive und Geflüchtete gemeinsam die Streuobstwiesen und verarbeiten die Apfelernte.



In Kranenburg werden Geflüchtete als Führer bei Wildgänseeckursionen ausgebildet.

Voneinander lernen – Arbeit mit Geflüchteten

„Neben dem Umwelt- und Naturschutzgedanken spielen auch die Sprachförderung und die Förderung der aktiven gesellschaftlichen Partizipation eine wichtige Rolle.“

Die Arbeit mit und Integration von Geflüchteten ist eine wichtige Aufgabe für die Zivilgesellschaft. Im Natur- und Umweltschutz bietet sich hier die Chance, zwei nachhaltige Entwicklungsziele miteinander zu verknüpfen, nämlich Ziel 15 („Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern“) und Ziel 16 („Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern“).

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) fördert immer wieder Projekte im Bereich Umweltschutz und Integration, darunter auch eines, das der NABU umsetzt. Deutschlandweit erproben NABU-Gruppen in fünfzehn Mikroprojekten, wie die Integration Geflüchteter im Bereich Natur und Umwelt gelingen kann. Sozialverbände, allen voran die Arbeiterwohlfahrt (AWO), stehen den NABU-Ehrenamtlichen beratend zur Seite, denn neben dem Umwelt- und Naturschutzgedanken spielen auch die Sprachförderung und die Förderung der aktiven gesellschaftlichen Partizipation eine wichtige Rolle.

Streuobstwiesen und Begegnungsgärten

Die Projekte vor Ort funktionieren gut – zum Beispiel in Bremervörde, wo NABU-Aktive und Geflüchtete gemeinsam die Streuobstwiesen pflegen und die Apfelernte zu Saft verarbeiten. In Kranenburg werden Geflüchtete als Gänseführer ausgebildet und zeigen anderen Geflüchteten und Touristen die Naturschätze des Nieder- rheins. Die NABU-Gruppe Steglitz-Tempelhof radelt mit Geflüchteten zu öffentlichen Plätzen im Großraum Berlin. Dort ernten alle zusammen frei zugängliches Obst und Kräuter, die anschließend gemeinsam verarbeitet und verzehrt werden. Im sächsischen Freiberg entsteht in gemeinschaftlichen Arbeitseinsätzen ein „Bürger- und Integrationsgarten“, ein Ort der Begegnung für Neubürger und -bürgerinnen sowie Alteingesessene.

Bei einem NABU-Workshop im Januar 2017 in Kassel zum Thema „Ehrenamtliche Arbeit mit geflüchteten Menschen im Natur- und Umweltschutz“ wurde deutlich, dass Integration von einigen Gruppen schon länger gelebt wird und das Interesse daran beständig wächst. In Frankenberg entstand der Kontakt bereits Anfang 2015 über ein NABU-Vorstandsmitglied, das auch in der Frankenger Flüchtlingshilfe tätig ist.

Viele der jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren wurden schnell in die Arbeit von NABU und NAJU Frankenberg integriert. Sie engagieren sich beim Obstbaumschnitt, bei der Kopfweidenpflege oder bei einem Beweidungsprojekt und helfen so dem Naturschutz vor Ort. Manche von ihnen bringen dafür nützliche Kompetenzen aus ihren Heimatländern mit. Die NABU-Aktiven wiederum unterstützen die Geflüchteten bei der Bewältigung alltäglicher Herausforderungen, bei Behördengängen oder bei der Jobsuche. Einheimische und Geflüchtete lernen von- und miteinander. So kann eine Gemeinschaft auf Augenhöhe entstehen.

Kinder und Jugendliche

Die NAJU Rheinland-Pfalz bietet in den Ferien gemeinsame Freizeiten für geflüchtete und Mainzer Kinder zwischen 7 und 11 Jahren an. Jeder Tag im Wald steht unter einem spezifischen Thema: Wasser, Insekten, Vögel oder klimaschonende Ernährung. Die Kinder lernen ökologische Zusammenhänge kennen und leisten praktische Naturschutzarbeit, etwa beim Nistkastenbau oder bei Gewässeruntersuchungen. Die NAJU möchte damit für die Gleichaltrigen aus unterschiedlichen Kulturkreisen einen Raum schaffen, in dem sie durch konkrete Erfahrungen Stereotype aufbrechen und Vorurteile abbauen können.



Gemeinsame Naturerlebnisse: von- und miteinander lernen



Waldkauz



Zum Wegwerfen viel zu schade



Alt und Jung für eine nachhaltige Zukunft



„Schnippeldisko“ des Kölner Ernährungsrates



Gesund, lecker und klimafreundlich

Als Gruppe nachhaltig aktiv

„Es kommt nicht allein darauf an, was wir tun, sondern auch wie wir es tun.“

Das Engagement für den Naturschutz vor Ort, für die Integration von Geflüchteten oder wirksamen Klimaschutz ist gleichzeitig auch ein Engagement für die 2030-Agenda. Allerdings kommt es nicht allein darauf an, was wir tun, sondern auch wie wir es tun: Es sollten möglichst wenig Ressourcen verbraucht und Boden, Wasser und Luft weniger verschmutzt werden. Wenn wir darauf achten, leisten wir einen Beitrag, gleich mehrere SDGs zu erreichen, und gehen mit gutem Beispiel voran.

Hier ein paar konkrete Tipps – manche vielleicht selbstverständlich, andere etwas aufwändig. Am wichtigsten ist: einfach machen. Jede positive Veränderung zählt.

- ▶ Mal was Neues ausprobieren? Wenn die Gruppe neue Geräte für den Außeneinsatz braucht, lohnt es sich zu recherchieren, ob diese – vor allem, wenn sie nicht so oft benötigt werden – vor Ort ausgeliehen werden können. Es gibt auch viele professionelle Verleihangebote. Wenn doch ein Gerät gekauft werden soll ist es wichtig, auf gute Qualität, lange Haltbarkeit und Reparaturfähigkeit zu achten und weniger auf den (vermeintlich) günstigen Preis.
- ▶ Eigene Geräte können an andere Gruppen verliehen werden. Schön und nachhaltig ist es auch, einen „Pool“ mit Werkzeugen zum Baumschnitt oder zum Nistkastenbau einzurichten, aus dem sich Naturschützerinnen und Naturschützer mehrerer Gruppen bedienen können.
- ▶ Alte, aber noch funktionierende Geräte können gegen ein anderes benötigtes Gerät getauscht oder verschenkt werden. Wer selber reparieren möchte findet Hilfe im Internet, zum Beispiel unter www.ifixit.com oder unter <https://repaircafe.org/de>. Selber machen schont nicht nur Ressourcen, sondern bringt (im Erfolgsfall) auch viel Spaß.
- ▶ Tierische Lebensmittel, also auch Milchprodukte wie Käse und Butter, tragen stärker als pflanzliche Lebensmittel zum Klimawandel, dem Verbrauch natürlicher Ressourcen und dem Verlust der Biodiversität bei. Weniger Fleisch, Wurst,



Eier und Milchprodukte zu essen hilft also der Umwelt und ist auch gesünder. Die Auswahl an alternativen Rezepten ist mittlerweile sehr groß. Wenn schon tierische Lebensmittel auf den Tisch kommen, sollte auf hochwertige Bioqualität geachtet werden. Das gilt auch für die Verpflegung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Gruppen-Veranstaltungen wie Festen oder Exkursionen. Im Internet gibt es leckere Rezepte unter www.NABU.de/rezepte.

- ▶ Schätzungen zufolge werden in Deutschland jährlich bis zu 18 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen, viele davon noch genießbar. Gemeinschaftliche Kochaktionen mit Lebensmitteln, die sonst auf dem Müll gelandet wären, setzen ein Zeichen gegen diese Verschwendung. Solche „Schnippeldiskos“ finden seit einigen Jahren überall in Deutschland statt (www.slowfood.com) und können eine schöne Aktivität für eine Gruppe sein. Einzelhändler, Gastronomen oder Landwirte spenden gerne Lebensmittel, die noch genießbar sind, aber aus optischen oder Haltbarkeitsgründen weggeworfen würden.
- ▶ Für die Verpflegung in Wald oder Feld bieten sich Mehrwegflaschen, eigene Trinkflaschen und Thermoskannen an, um Müll zu vermeiden. Wenn Getränke gekauft werden, z. B. für eine Veranstaltung, dann am besten regionale Produkte in Mehrwegflaschen.
- ▶ Beim Einkauf auf die Plastiktüte zu verzichten, ist für viele selbstverständlich geworden. Aber Achtung: Einwegtüten aus Papier sind keine gute Alternative. Am besten eigene Rucksäcke oder Taschen nutzen und Mehrwegtaschen so lange wie möglich verwenden.
- ▶ Viele Veranstaltungen und Exkursionen lassen sich gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen. Ein kurzer Hinweis auf die passenden ÖPNV-Verbindungen sollte daher in keiner Einladung fehlen. Auch Fahrgemeinschaften sind eine umweltschonende Option, die Sprit spart und das Miteinander stärkt.



Hintergrundinformationen zu den vorgestellten und vielen weiteren Tipps gibt es im Internet unter www.NABU.de/NABUtipps.

Die NABU-Bundesgeschäftsstelle will mit gutem Beispiel vorangehen und hat Umweltschritte erarbeitet, die vom Umgang mit Abfall über Dienstreisen und der Ausstattung mit Büromöbeln bis zu einer Negativliste reichen. www.NABU.de/umweltschritte

ÜBRIGENS



NABU-Aktion gegen Flächenverbrauch in Berlin

Flächenverbrauch reduzieren

„Natur und Landschaft werden durch Baumaßnahmen unwiederbringlich zerstört, Lebensräume werden immer weiter zerschnitten.“

Das Ziel einer nachhaltigen Flächennutzung ist in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verankert – bis zum Jahr 2020 soll der „Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche“ auf 30 Hektar „minus x“ täglich begrenzt werden. Auch die Nachhaltigkeitsziele 11 (Nachhaltige Städte und Siedlungen) und 15 (Landökosysteme schützen) lassen sich nur mit einer drastischen Reduzierung des Flächenverbrauchs erreichen.

Doch die Realität sieht anders aus: Während der letzten 60 Jahre hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland mehr als verdoppelt. Laut Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2015 täglich rund 66 Hektar bislang unbebauter Flächen neu ausgewiesen, das entspricht etwa 94 Fußballfeldern. Die Folgen sind vielerorts sichtbar: Natur und Landschaft werden durch Baumaßnahmen unwiederbringlich zerstört, Lebensräume werden immer weiter zerschnitten.

Innenentwicklung als Regelfall

Für den NABU darf Boden nicht länger als stets und nahezu überall verfügbare potentielle Baufläche betrachtet werden. In seinem „Leitbild Nachhaltige Stadtentwicklung“ formuliert der Verband dazu einige zentrale Forderungen:

- ▶ Zusammenhängende Landschaftsräume bleiben erhalten und werden wieder hergestellt.
- ▶ Die Planung, Entwicklung und Erschließung zusätzlicher Bau-, Wohn- und Nutzflächen erfolgt innerhalb der bestehenden Siedlungsstruktur.
- ▶ Innerhalb der Siedlungen werden zusammenhängende Freiräume, biotopvernetzende Grünzüge und Parkanlagen erhalten und entwickelt.
- ▶ Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit werden zugunsten von mehr Lebensqualität und Vielfalt räumlich zusammengeführt.
- ▶ Bei Sanierung und Neubau werden ressourcensparende, umweltfreundliche und regionale Bauweisen und Materialien sowie entsprechende Techniken eingesetzt.

Grün neben grau



Bürgerinnen und Bürger können sich gegen den Flächenverbrauch engagieren. Neben einem allgemeinen kommunalpolitischen Engagement ist auch die Kommentierung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen eine Möglichkeit, denn diese müssen zur Beteiligung der Öffentlichkeit ausgelegt werden.

Grundsätzlich muss die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden zum Regelfall, die Außenentwicklung zum absoluten Ausnahmefall werden.

Finanzielle Grundlagen

Ein Hauptmotor für Siedlungswachstum und Flächenverbrauch ist das aktuelle Finanzierungssystem der Städte und Gemeinden. Die kommunalen Einnahmen speisen sich zum Großteil aus folgenden Quellen:

- Einkommensteuer
- Gewerbesteuer
- Grundsteuer
- Grunderwerbsteuer
- staatliche Zuweisungen/Finanzausgleich

Diese Einnahmen wachsen oder sinken mit der Zahl der Einwohner, der Betriebe oder der bebauten Grundstücke. Das führt zu einem Wettlauf der Kommunen untereinander um neue Einwohner und Gewerbeansiedlungen, in der Folge also zu weiterem Flächenverbrauch. Angesichts der demografischen Entwicklung gerade in ländlichen Regionen handelt es sich langfristig um Fehlinvestitionen.

Ein neues System

Um den unnötigen Flächenverbrauch und den fehlgeleiteten Wettstreit der Kommunen um Einwohner und Einnahmen zu beenden, muss das bisherige System zur Gemeindefinanzierung reformiert werden – und zwar so, dass den Städten und Gemeinden einerseits sichere und dauerhafte Einnahmen garantiert werden, sie andererseits aber nicht gezwungen sind, ihre Ressourcen an Grund, Boden und Landschaft zu verschleudern.

Der NABU hat zu den wichtigsten Kommunalsteuern entsprechende Vorschläge erarbeitet:

Einkommensteuer

Die Kommunen erhalten in Zukunft nur noch einen Sockelbetrag von 12 statt der bisherigen 15 Prozent. Einen Bonus von drei Prozentpunkten bekommt jede Gemeinde, die ein umfassendes Innenentwicklungskonzept vorlegt und auf die Neuausweisung von weiteren Baugebieten im Flächennutzungsplan verzichtet. Weitere drei Prozentpunkte, also insgesamt 18 Prozent, können die Kommunen einstreichen, die darüber hinaus auch die im Flächennutzungsplan bereits ausgewiesenen Baugebiete am Siedlungsrand nicht mehr per Bebauungsplan beschließen.

Gewerbesteuer

Hier muss ein deutlicher Anreiz zum Flächensparen eingebaut werden. Das kann gelingen, wenn der Gewerbesteuermessbetrag für zukünftig neue Gewerbegebiete außerhalb des Siedlungsbestandes mindestens das Doppelte dessen beträgt, was für Neuansiedlungen im bereits bebauten Bereich bezahlt werden muss.

Grundsteuer

Um eine ökologische Lenkungswirkung zu erzielen und die Einnahmesituation der Kommunen dauerhaft zu verbessern, sollte eine reformierte Grundsteuer

Zugepflastert



Baubrache in Wohnsiedlung





Nachhaltige Innovationen im Fokus

Bodenfläche und Bodenwert besteuern, wie es das Deutsche Institut für Urbanistik bereits vor Jahren vorgeschlagen hat. Dicht bebaute Grundstücke und maßvolle Flächeninanspruchnahme würden entlastet, unbebaute, aber erschlossene Grundstücke sowie die Bodenspekulation würden höher belastet. Gleiches gilt für auf Dauer besonders kostenträchtige und zudem ökologisch bedenkliche Siedlungsformen, wie etwa freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser oder flächenintensive Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe.

Grunderwerbsteuer

Die Grunderwerbsteuer sollte nicht mehr auf solche Grundstücke erhoben werden, die vor einem festzulegenden Stichtag bereits bebaut oder erschlossen wurden. Stattdessen sollte sie nur bei einem Handel solcher Grundstücke fällig werden, die nach dem Stichtag bebaut oder erschlossen wurden.

Kommunaler Finanzausgleich

Bislang erfolgt der Finanzausgleich nach Steuerkraft und Einwohnerzahl einer Kommune. Zukünftig sollen weniger die Köpfe zählen, sondern vielmehr die gesellschaftlich relevanten Aufgaben, die eine Gemeinde zu erfüllen hat. Honoriert würde eine nachhaltige Innenentwicklung und Maßnahmen im Bereich der Landschaftspflege, etwa die Ausweisung und Entwicklung von Erholungsräumen.

Mit der vom NABU vorgeschlagenen, umfassenden Finanzreform würden sich die Städte und Gemeinden nicht mehr um Einwohner und Betriebe streiten, sondern um den attraktivsten Ortskern. Gleichzeitig wäre damit ein starker Anreiz gegeben, die vorhandene Infrastruktur möglichst optimal auszunutzen. So könnten die Weichen für eine wirklich nachhaltige Siedlungsentwicklung inklusive dauerhafter Kommunaleinnahmen gestellt werden.

Nachhaltige Innovationen

Ziel 9 beinhaltet „Innovationen unterstützen“. Innovationen sind grundsätzlich zu begrüßen, dürfen aber nicht zu Lasten des Vorsorgeprinzips gehen, eines wichtigen Fundaments der Umweltpolitik in Deutschland und der EU. Solange ein wissenschaftlich begründeter Verdacht besteht, dass eine Substanz oder eine Technologie gefährlich sein könnte, sollte das Vorsorgeprinzip greifen – die Technologie oder die Substanz werden (zunächst) nicht zugelassen und Alternativen gesucht.

So sollte es im Idealfall sein. Beispiele wie die Kernenergie oder aktuell Glyphosat stehen allerdings dafür, dass potenzielle Gefahren zu lange ignoriert werden oder in der Abwägung gegen wirtschaftliche Interessen den Kürzeren ziehen. Das – ohnehin nie konsequent umgesetzte – Vorsorgeprinzip gerät zunehmend unter Druck, vor allem durch Wirtschaftsvertreter, die für die Einführung eines gleichrangigen Innovationsprinzips plädieren – als vermeintlichen Gegenpol gegen das angeblich bremsende, ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt hemmende Vorsorgeprinzip.

Nach Ansicht des NABU müssen Innovationsstrategien, Nachhaltigkeitsstrategien und Förderpolitiken zusammen gedacht werden. Staatliche Unterstützung für nicht nachhaltige Innovationen sollte es nicht länger geben. Für den NABU sind Entwicklungen, bei denen das ökonomische Partikularinteresse einzelner Interessengruppen über das Gemeinwohl oder die Belange von Natur und Umwelt gestellt wird, keine nachhaltigen Innovationen – zumal die externen Kosten für Umwelt- oder Gesundheitsfolgen bis heute nicht eingepreist, sondern der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Notwendig ist eine gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit dem „unknown unknown“ (dem „unbekannten Unbekannten“) – also dem, was wir nicht wissen können, weil sich die Auswirkungen auf das Ökosystem erst in der Praxis zeigen. Die Abwägung zwischen Risiko- und Chancenpotenzialen und die daraus resultierende Entscheidung muss vom Gesetzgeber erfolgen, idealerweise vorbereitet durch ein frühzeitiges und umfassendes Partizipationsverfahren unter Einbindung der Zivilgesellschaft. Im Zweifel muss das Vorsorgeprinzip immer Vorrang haben.



Sichere Ernährung für alle und ein schonender Umgang mit Ressourcen: NABU-Projekt im Kafa-Biosphärenreservat in Äthiopien

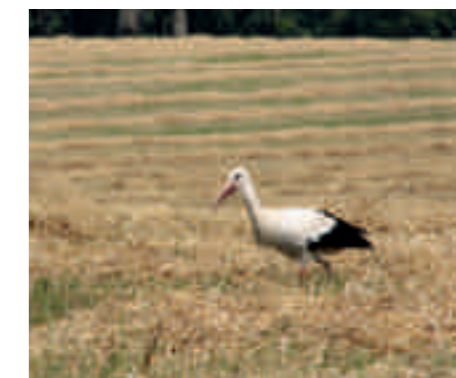
Brennpunkt Landwirtschaft

Wie kaum ein anderer Bereich steht der Agrarsektor im Fokus der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Die Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen (FAO) zeigt in ihrer 2016 herausgegeben Studie „Food and Agriculture. Key to achieving the 2030 Agenda for Sustainable Development“, dass Landwirtschaft und Ernährung für jedes der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele eine – wenn auch unterschiedlich große – Bedeutung haben: So hängen sichere und gesunde Ernährung und Ernährungssicherheit für alle (Ziele 2, 3), der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen (Ziel 12), der Erhalt der Biodiversität (Ziel 15) stark davon ab, wie wir zukünftig Landwirtschaft betreiben. Eine nachhaltigere Landwirtschaftspolitik kann aber auch zum Klimaschutz beitragen, Gewässer und Böden schonen (Ziele 6, 13, 15) sowie nachhaltige Produktionsmuster und einen fairen Welthandel fördern (Ziele 10, 12).

Schon 1996 hatten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Welternährungsgipfel in Rom dazu verpflichtet, bis 2015 die Zahl der Hungernden auf 425 Millionen zu halbieren. Doch davon ist die Weltgemeinschaft weit entfernt: Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO leiden heute immer noch 795 Millionen Menschen Hunger. Die Gründe dafür sieht die FAO in steigenden Nahrungsmittelpreisen, Dürren und politischer Instabilität. Dabei würde die weltweit erzeugte landwirtschaftliche Produktion ausreichen, um alle Menschen zu ernähren. Nach Angaben der FAO stehen heute theoretisch jedem Menschen 2.891 kcal zur Verfügung. Doch es herrscht eine dramatisch ungerechte Verteilung, genauso wie beim Landbesitz: Nach einer Studie der in Washington ansässigen Rights and Resources Initiative bewirtschaften indigene Völker und ländliche Gemeinden – rund 1,5 Milliarden Menschen weltweit – zwar 65 Prozent der globalen Landfläche, aber lediglich ein Viertel davon gehört ihnen.

„Die ökologische Landwirtschaft stärkt die Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen, schützt die Böden und die biologische Vielfalt und ist ein Garant für langfristige Produktivität.“

Weißstorch sucht auf gemähtem Feld nach Nahrung.





Klatschmohn auf einem Getreidefeld

Zukunftsfähige Landnutzung unter Druck

Der bereits 2008 vom International Assessment of Agricultural Science, Knowledge and Technology for Development (IAASTD), einer Gruppe von rund 400 Wissenschaftlern, im Auftrag der Weltbank und der UN vorgelegte Weltagrarbericht plädiert dafür, für eine zukunftsfähige Ernährungspolitik vor allem auf Kleinbauern und ökologischen Landbau zu setzen. Die ökologische Landwirtschaft stärkt die Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen, schützt die Böden und die biologische Vielfalt und sei so ein Garant für langfristige Produktivität.

Doch es wirtschaften immer noch viel zu wenige Betriebe ökologisch. Die kleinbäuerliche, an die jeweiligen Standorte angepasste Landwirtschaft verliert an Boden und damit auch die nachhaltige Landnutzung. Das liegt unter anderem daran, dass die Herstellung von Saatgut zunehmend ein Privileg weniger großer Unternehmen ist. Laut „Weltagrarbericht“ kontrollieren heute zehn Konzerne 75 Prozent des weltweiten Saatgutmarktes, drei davon – Monsanto, DuPont und Syngenta – alleine mehr als 50 Prozent. Die Ausgaben (und Anstrengungen) für Forschung und Innovation im ökologischen Landbau entsprechen bei weitem nicht dem Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, den Ökolandbau auf 20 Prozent Flächenanteil zu steigern. Stattdessen wird diese Form der Landwirtschaft in den Innovations- und Forschungsförderstrategien der Bundesregierung noch immer als Nische marginalisiert.

Durchgefallen beim Fitness-Check

In Deutschland und der gesamten EU fällt die Bilanz bei beiden nachhaltigen Entwicklungszielen, die sich direkt auf den Agrarsektor beziehen, schlecht aus. Weder wird die nachhaltige Landwirtschaft ausreichend gefördert noch der anhaltende Verlust der biologischen Vielfalt gestoppt – im Gegenteil: Wie eine aktuelle, vom NABU, dem Europäischen Umweltbüro (EEB) und BirdLife Europe in Auftrag gegebene Studie belegt, ist der mit einem Anteil von rund 40 Prozent größte Posten des EU-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), hochgradig ineffizient und überwiegend umweltschädlich.

Gemeinsam Boden gut machen – Andreas Drodofsky ist dabei



Demonstration für eine nachhaltige europäische Agrarpolitik

Die an der Studie beteiligten Ökonomen, Soziologen und Ökologen haben die EU-Agrarpolitik einem „Fitness Check“ unterzogen, in enger Anlehnung an ein Instrument, mit dem die EU selbst ihre Rechtsakte durchleuchtet und bewertet. Das Ergebnis ist eindeutig: Gezielte Agrarumweltmaßnahmen sind massiv unterfinanziert. Das aktuelle System ist nicht in der Lage, den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen, Umweltschäden zu vermeiden und die Nitratbelastung des Grundwassers zu reduzieren.

Für eine andere Agrarpolitik

Nach Auffassung des NABU muss die GAP ab 2020, wenn die aktuelle Förderperiode ausläuft, nach folgenden Prinzipien neu gestaltet werden:

- Fair – für Landwirte, Steuerzahler und künftige Generationen
- Naturverträglich – für die Artenvielfalt und eine saubere Umwelt
- Gesund – für gute Lebensmittel und das Wohlbefinden aller Menschen
- Global verantwortungsvoll – für das Klima und die nachhaltige Entwicklung weltweit

Wichtigstes Ziel muss der Aufbau einer nachhaltigen, sich langfristig selbst tragenden Lebensmittelproduktion sein, die hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt und faire Preise erzielt. Konkrete Naturschutzleistungen müssen attraktiv honoriert und die Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien finanziell abgesichert werden, etwa durch einen EU-Naturschutzfonds. Das ist nicht alleine eine Aufgabe der Agrar- und Umweltpolitik, sondern aller politischen Ressorts, die ein Interesse an einem lebendigen ländlichen Raum, einer intakten Umwelt, an globalen Entwicklungschancen und gesunden Lebensmitteln haben sollten.

Auch der Kiebitz leidet unter einer immer intensiveren Landwirtschaft.



Beispielhafte Aktionen und Projekte



Plakatmotiv aus der Living Land-Kampagne

Living Land

In der Living Land-Kampagne engagieren sich der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Deutsche Naturschutzring (DNR), der NABU und der World Wildlife Fund (WWF) Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Umwelt-Organisationen für eine nachhaltige, naturverträgliche und faire Agrarpolitik. 2017 forderten fast 260.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen einer EU-Konsultation den Wandel zu einer verantwortungsbewussten, fairen, nachhaltigen und gesunden Landwirtschaft. Mehr als 600 Unternehmen, Verbände und weitere Organisationen beteiligen sich an der Kampagne und verleihen einer zukunftsfähigen Agrar- und Ernährungspolitik eine starke Stimme.

<https://living-land.org>

Gemeinsam Boden gut machen

Im Rahmen des Projekts „Gemeinsam Boden gut machen“ unterstützt der NABU bäuerliche Betriebe beim Umstieg von konventioneller auf biologische Landwirtschaft. Alle Beteiligten leisten einen Beitrag zur Verbesserung unserer Böden, der Gewässer und zum Schutz der Artenvielfalt. Einmal pro Jahr können sich Landwirtinnen und Landwirte für den Förderpreis des NABU-Projektes bewerben. Teilnehmen können Betriebe, die an einer Umstellung auf Bio-Landwirtschaft interessiert sind beziehungsweise solche, die Unterstützung benötigen, um ihre ökologisch bewirtschaftete Fläche zu vergrößern.

www.NABU.de/abbi

Kooperationen für Nachhaltigkeit

Um insbesondere Ziel 12 (Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen), aber auch viele andere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, sind Kooperationen zwischen Umweltverbänden und der Wirtschaft sinnvoll. Beide Seiten haben hier die Chance, voneinander zu lernen und gemeinsam an nachhaltigen Produkten und Produktionsformen zu arbeiten.

Der NABU kooperiert mit Unternehmen und Initiativen aus verschiedenen Branchen. So unterstützt die Alnatura Bio-Bauern-Initiative (ABBI) der Alnatura Supernaturmärkte das NABU-Projekt „Gemeinsam Boden gut machen“ finanziell. Beim Kauf gekennzeichnete Produkte bei Alnatura fließt ein Cent pro Produkt in einen Fördertopf für Landwirte, die auf Ökoanbau umstellen.

Gemeinsam mit der Werner & Mertz GmbH und weiteren Unternehmen möchte der NABU im Rahmen der „Recyclat-Initiative“ die Recyclingquote von PET-Verpackungen deutlich erhöhen. Diese werden bislang zwar in den Gelben Sack sortiert, danach aber fast ausschließlich thermisch oder zu einem geringen Teil über ein sogenanntes Downcycling wiederverwertet. Ökologischer wäre es, diese bereits vorhandene Rohstoffquelle zu nutzen und mit dem vorhandenen PET die gleichen Produkte wieder herzustellen – ganz im Sinne der Kreislaufwirtschaft (Circular Economy).

Mit seinem Partner REWE arbeitet der NABU auf mehreren Feldern zusammen: bei der Entwicklung umwelt- und sozialverträglicher Produkte, beim Verzicht auf Plastik-Tragetaschen oder beim Engagement für die „Aktion Biotonne“. Dabei sollen Verbraucherinnen und Verbraucher für den Wert von Bioabfall und Kompost als Rohstoff sensibilisiert und dadurch zur Mülltrennung bewegt werden.

Kooperationen sind nicht nur auf der Bundesebene sinnvoll, sondern können auch vor Ort viel für eine nachhaltige Entwicklung erreichen. So kooperiert der NABU Rinteln mit dem Unternehmen AHE Schaumburger Weserkies. Gemeinsam verwandeln beide Partner die AHE-Abbaustätten entlang der Weser in artenreiche Auenlandschaften mit Flachwasserzonen und Flutmulden – und schaffen so einen Mehrwert für die Natur in der Region.



Gemeinschaftsaufgaben

Neue Partnerschaften für die 2030-Agenda

Soll die 2030-Agenda nicht bloß eine schöne Utopie bleiben, wird es nicht zuletzt auf neue Formen der Zusammenarbeit ankommen – zwischen Staaten, zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren, aber auch zwischen nichtstaatlichen Akteuren. Dass eine wenig nachhaltige Steuerpolitik vor allem den Faktor Arbeit belastet und andere Faktoren wie Klima-, Umwelt- oder Gesundheitsschäden kaum besteuert, geht sowohl Gewerkschaften als auch Umweltverbände etwas an. Ähnliches gilt für den aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes notwendigen Kohleausstieg und die Frage, wie er für die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter sozialverträglich gestaltet werden kann. Wissenschaft und Forschung müssen sich in die Gestaltung der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Transformation einbringen. Der Umgang mit Geflüchteten wiederum ist ein Thema, das alle zivilgesellschaftlichen Akteure betrifft.

Für den NABU haben die nachhaltigen Entwicklungsziele den Impuls dazu gegeben, das Gespräch mit den Kirchen aufzunehmen und gemeinsame Aktivitäten anzustoßen. Bei einem Workshop mit dem Titel „Die SDGs in Deutschland: Was ist die Rolle von Naturschutzverbänden und Kirchen, wo gibt es Schnittmengen?“ wurden erste Anknüpfungspunkte für die Zusammenarbeit identifiziert. Dazu gehören die politische Arbeit zu nachhaltiger Landwirtschaft und Klimaschutz, zum Abbau umweltschädlicher Subventionen, zu nachhaltiger Forschung und Innovation, eine ökologische Flächenbewirtschaftung oder eine gemeinsame Kampagne zu nachhaltiger Beschaffung.

Engagierte aus christlichen Kirchen und Naturschützer waren sich einig darüber, dass die Bemühungen zur Überwindung von extremer Armut und Hunger nicht den Druck auf die Ökosysteme erhöhen und nicht auf Kosten der biologischen Vielfalt gehen dürfen. Vielmehr müssen sie vereinbar sein mit Aufgaben wie den Verlust an biologischer Vielfalt, den Klimawandel oder den Raubbau von natürlichen Ressourcen zu stoppen.

In Münster kooperieren der NABU und der katholische Männerorden der Kapuziner für biologische Vielfalt, bessere Bildungschancen und Inklusion. Der Garten des Kapuzinerklosters wird neu gestaltet, die Bewirtschaftung auf biologischen Anbau von Gemüse und Beerenfrüchten umgestellt. Der NABU kümmert sich insbesondere um die Anlage eines Sortengartens mit alten westfälischen Apfelsorten. Durch die Zusammenarbeit mit der Alexianer Werkstätten GmbH werden zudem benachteiligte Menschen mit der Arbeit im Klostergarten bei der Rückkehr oder dem Einstieg ins Berufsleben unterstützt.

„Wir brauchen neue Formen der Zusammenarbeit – zwischen Staaten, zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren, aber auch zwischen nichtstaatlichen Akteuren.“

Nachhaltige Gartenbewirtschaftung im Garten des Kapuzinerklosters Münster





Alle machen mit!

Machen Sie mit!

„Wo viele kleine Menschen an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können sie gemeinsam die Welt verändern.“

(Afrikanisches Sprichwort)

Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind eine große Chance. Doch jetzt müssen alle aktiv werden: Die EU, die Bundes- und Landesregierungen und auch die Kommunen müssen ihre Politik an den nachhaltigen Entwicklungszielen ausrichten. Für den Erfolg der Agenda 2030 ist eine gute Abstimmung unter allen Beteiligten nötig. Kohärenz bedeutet, Ziele und Maßnahmen unterschiedlicher Bereiche aufeinander abzustimmen. Kohärenz ist auf und zwischen allen Ebenen notwendig – von Staaten über Regionen und Kommunen bis hin zu kleinen Projekten vor Ort. Das Wichtigste ist jedoch: anfangen. Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind so vielfältig, dass wir alle einen Bereich finden können, in dem wir uns engagieren oder unser Engagement noch nachhaltiger gestalten.

Lesen

- Martens, J., Obenland, W. (2016): Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Bonn/Osnabrück
- UN General Assembly (2015): Transforming our world: the 2030-Agenda for Sustainable Development. New York

Surfen

- Bundesregierung: Agenda 2030. Im Internet: www.bundesregierung.de/Content/DE/StatistischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-Buehne/2016-10-24-agenda-2030-ueberblick.html
- Großbaustelle Nachhaltigkeit: Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017. Im Internet: www.2030report.de
- NABU: Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung. Im Internet: www.NABU.de/sdg

- NABU: Praktische Tipps für Verbraucherinnen und Verbraucher. Im Internet: www.NABU.de/NABU-tipps
- Rat für Nachhaltige Entwicklung: Bildungswettbewerb für Nachhaltigkeit: Zukunft, fertig los! Im Internet: www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/
- Umweltbundesamt: SDGs: Herausforderung für die Nachhaltigkeitspolitik. Im Internet: <https://www.umweltbundesamt.de/node/46733>
- Umweltbundesamt: Umwelttipps für den Alltag. Im Internet: www.umweltbundesamt.de/umwelttipps-fuer-den-Alltag
- www.tatenfuermorgen.de

NABU vor Ort

NABU-Bundesverband
Charitéstraße 3
10117 Berlin
Tel. 0 30. 28 49 84-0
Fax 0 30. 28 49 84-20 00
NABU@NABU.de
www.NABU.de

NABU Baden-Württemberg
Tübinger Straße 15
70178 Stuttgart
Tel. 07 11. 9 66 72-0
Fax 07 11. 9 66 72-33
NABU@NABU-BW.de
www.NABU-BW.de

**NABU-Partner Bayern –
Landesbund für Vogelschutz (LBV)**
Eisvogelweg 1
91161 Hilpoltstein
Tel. 0 91 74. 47 75-0
Fax 0 91 74. 47 75-75
Infoservice@LBV.de
www.LBV.de

NABU Berlin
Wollankstraße 4
13187 Berlin
Tel. 0 30. 9 86 41 07 oder 9 86 08 37-0
Fax 0 30. 9 86 70 51
LvBerlin@NABU-Berlin.de
www.NABU-Berlin.de

NABU Brandenburg
Lindenstraße 34
14467 Potsdam
Tel. 03 31. 2 01 55-70
Fax 03 31. 2 01 55-77
Info@NABU-Brandenburg.de
www.NABU-Brandenburg.de

NABU Bremen
Vahrer Feldweg 185
28309 Bremen
Tel. 04 21. 3 39 87 72
Fax 04 21. 33 65 99 12
Info@NABU-Bremen.de
www.NABU-Bremen.de

NABU Hamburg
Klaus-Groth-Straße 21
20535 Hamburg
Tel. 0 40. 69 70 89-0
Fax 0 40. 69 70 89-19
Info@NABU-Hamburg.de
www.NABU-Hamburg.de

NABU Hessen
Friedenstraße 26
35578 Wetzlar
Tel. 0 64 41. 6 79 04-0
Fax 0 64 41. 6 79 04-29
Info@NABU-Hessen.de
www.NABU-Hessen.de

NABU Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 146
19053 Schwerin
Tel. 03 85. 59 38 98-0
Fax 03 85.59 38 98-29
LGS@NABU-MV.de
www.NABU-MV.de

NABU Niedersachsen
Alleestraße 36
30167 Hannover
Tel. 05 11. 91 10 5-0
Fax 05 11. 9 11 05-40
Info@NABU-Niedersachsen.de
www.NABU-Niedersachsen.de

NABU Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 7-9
40219 Düsseldorf
Tel. 02 11. 15 92 51-0
Fax 02 11. 15 92 51-15
Info@NABU-NRW.de
www.NABU-NRW.de

NABU Rheinland-Pfalz
Frauenlobstraße 15-19
55118 Mainz
Tel. 0 61 31. 1 40 39-0
Fax 0 61 31. 1 40 39-28
Kontakt@NABU-RLP.de
www.NABU-RLP.de

NABU Saarland
Antoniusstraße 18
66822 Lebach
Tel. 0 68 81. 93 61 9-0
Fax 0 68 81. 93 61 9-11
LGS@NABU-Saar.de
www.NABU-Saar.de

NABU Sachsen
Löbauer Straße 68
04347 Leipzig
Tel. 03 41. 33 74 15-0
Fax 03 41. 33 74 15-13
Landesverband@NABU-Sachsen.de
www.NABU-Sachsen.de

NABU Sachsen-Anhalt
Schleiufer 18a
39104 Magdeburg
Tel. 03 91. 5 61 93-50
Fax 03 91. 5 61 93-49
Mail@NABU-LSA.de
www.NABU-LSA.de

NABU Schleswig-Holstein
Färberstraße 51
24534 Neumünster
Tel. 0 43 21. 5 37 34
Fax 0 43 21. 59 81
Info@NABU-SH.de
www.NABU-SH.de

NABU Thüringen
Leutra 15
07751 Jena
Tel. 0 36 41. 60 57 04
Fax 0 36 41. 21 54 11
LGS@NABU-Thueringen.de
www.NABU-Thueringen.de

Mit der 2030-Agenda haben sich alle Staaten dieser Erde auf die Vorstellung einer nachhaltigen Zukunft verständigt. Sie wollen gemeinsam daran arbeiten, diese auch zu erreichen. Und wir alle sind dazu aufgefordert, diese Vision Realität werden zu lassen: „Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, Armut zu beseitigen, und gleichzeitig vielleicht die letzte Generation, die noch die Chance hat, unseren Planeten zu retten. Wenn es uns gelingt, unsere Ziele zu verwirklichen, werden wir die Welt im Jahr 2030 zum Besseren verändert haben.“ (2030-Agenda, §50).

